



Newsletter, 23. Dezember 2010

Mein persönlicher Bericht aus der Wintersession:

Einsatz für die Schwachen

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren

Wieder geht eine arbeitsreiche Session in Bern zu Ende: Für mich stand in dieser Wintersession das Engagement für die Schwächsten im Zentrum.

Grosse mediale Aufmerksamkeit genoss die Debatte zur 6. Revision der Invalidenversicherung (IV). Diese Revision hat mich seit Wochen, um nicht zu sagen Monaten beschäftigt. Von Anfang an war klar, dass diese Vorlage Spar- oder Abbaumassnahmen beinhalten würde. Das politische Ziel war und ist das Einsparen von insgesamt mehr als einer Milliarde Franken.

Einseitige Revision auf Kosten der Invaliden

Im ersten Massnahmenpakete soll ein Teil dieser Einsparungen erreicht werden, in dem 17'000 Personen aus der IV in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen. Dann soll ein neuer Finanzierungsmechanismus der Versicherung mehr Einnahmen bringen und dafür sorgen, dass Einsparungen bei der IV wirklich der Versicherung zu Gute kommen. Neben den Sparmassnahmen soll die Einführung des Assistenzbeitrags Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben zuhause ermöglichen.

In der Kommissionsberatung konnten wir gegenüber der Vorlage, wie sie aus dem Ständerat kam, einige Verbesserungen erreichen. So gelang es uns, für grosse Arbeitgebende eine Quote vorzusehen. Dies hätte zur Folge gehabt, dass die Arbeitgeber entweder einen bestimmten Prozentsatz der Arbeitsstellen Menschen mit Behinderungen zur Verfügung zu stellen haben oder dann hätten sie einen grösseren Beitrag an die IV bezahlen müssen. Auch gelang es uns, die Halbierung der Hilflosenentschädigung für IV-RentnerInnen in Heimen zu verhindern.

Leider konnten alle diese Verbesserungen im Plenum des Nationalrates nicht durchgebracht werden. Zudem gelang es mir trotz viel Engagement nicht, eine höchstproblematische Bestimmung zu verhindern: Diese Bestimmung wird zur Folge haben, dass IV-Renten von Menschen mit somatoformen Schmerzstörungen und mit Schleudertrauma gestrichen werden können. Meine grosse Sorge ist, dass diese Bestimmung sich auf weitere Krankheitsbilder und im besonderen auch auf psychische Krankheiten ausdehnen lässt. Das Geschäft ist jetzt wieder beim Ständerat.

Aber nicht nur im Rahmen der IV-Debatte habe ich mich für die Schwachen eingesetzt. Ich habe zwei Vorstösse eingereicht, welche sich mit der Situation von Asylsuchenden befasst.

Wann werden die Abschiebungen nach Griechenland gestoppt?

Einerseits frage ich in einer Interpellation nach, wie lange die Schweiz im Rahmen der Dublinvereinbarung noch Asylsuchende nach Griechenland zurückschafft. Die Situation für Flüchtlinge ist in Griechenland katastrophal. Sie erhalten dort nicht den minimalen Schutz und die Unterstützung, die sie brauchen. Die EU hat ihre Mitgliedstaaten aufgefordert, keine Asylsuchenden mehr in diese schwierige und unmenschliche Situation zurückzuschaffen. Ich bin gespannt, ob die Schweiz endlich handelt und die Rückschaffungen einstellt.

Dann möchte ich in einer zweiten Interpellation vom Bundesrat wissen, wie es mit der

angestrebten Harmonisierung bei den Härtefallverfahren von abgewiesenen AsylbewerberInnen und Sans-Papiers geht. Seit langer Zeit wird die kantonal sehr unterschiedliche Praxis bei Härtefallgesuchen kritisiert. Ich will wissen, ob das Bundesamt für Migration endlich entsprechende Weisungen erlässt, welche diese stossend ungleiche Praxis unterbindet. Den Kinderrechten und andere menschenrechtlichen Garantien soll bei den Härtefallregelungen Rechnung getragen werden.

Zudem habe ich in dieser Session

- eine Interpellation eingereicht, die eine Verstärkung des Gesundheitsschutzes von SexarbeiterInnen anregt;
- den Bundesrat gefragt, wann die maximal anrechenbaren Mietkosten für BezügerInnen von Ergänzungsleistungen endlich angepasst werden;
- eine Anfrage formuliert, die darauf hinweist, dass gerade chronisch Kranke finanzielle Probleme bekommen können, wenn sie Medikamente nur noch bei Barzahlung erhalten.

Ich bedaure ausserordentlich, dass es nicht gelungen ist, die Annahme der Ausschaffungsinitiative zu verhindern. Nun gilt es, bei der Umsetzung darauf zu pochen, dass die Grundrechte, die Verfassung und rechtsstaatliche Prinzipien einzuhalten sind. Als Mitglied der staatspolitischen Kommission werde ich mich in einem sehr frühen Stadium mit der konkreten Vorlage befassen. Für diesen und für andere Kämpfe werde ich mich in den kommenden etwas ruhigeren Tagen rüsten.

Ihnen und euch, liebe Freundinnen und Freunde, geschätzte Damen und Herren, wünsche ich von Herzen geruhsame Feiertag und einen tollen Start im Neuen Jahr.

Mit herzlichen Grüssen

A handwritten signature in blue ink that reads "Livia Benter". The signature is written in a cursive, flowing style.